

Danziger Zeitung.

Nr 8796.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R 15 S. Auswärts 1 R 20 S. — Inserate, pro Petit-Zeile 2 S. nehmen an: in Berlin: S. Albrecht, A. Reimer und Rud. Mosse; in Leipzig: E. G. Engel; in Hamburg: H. S. Engel; in Frankfurt a. M.: C. F. Dauben; die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Göttingen: Neumann-Hartmann's Buchh.

1874.

Abonnements auf die Danziger Zeitung pro November und December nimmt jede Postanstalt entgegen, in Danzig die Expedition Kettnerhagergasse No. 4.

Lotterie.

Bei der am 29. October fortgesetzten Ziehung 4. Klasse 150. Königlich preussischen Klassen-Lotterie sind nachstehende Gewinne gefallen: 1 Gewinn von 5000 R auf No. 45,958. 2 Gewinne von 2000 R auf No. 44,938 und 66,291.
40 Gewinne von 1000 R auf No. 4819 10,981 11,674 12,306 14,549 14,917 15,893 17,907 18,703 23,820 24,823 25,983 27,211 28,136 30,479 30,806 32,147 37,151 40,410 41,345 53,342 54,632 55,746 56,351 56,887 60,781 68,877 73,362 75,461 75,571 77,704 78,333 81,288 83,158 84,168 84,493 88,711 92,616 93,410 und 94,910.
52 Gewinne von 500 R auf No. 4279 4359 9122 11,832 12,274 13,186 13,425 13,699 15,365 20,707 21,743 22,946 23,989 25,360 27,415 28,536 29,642 31,624 35,191 40,434 44,979 45,792 46,961 49,609 50,119 52,072 52,289 57,228 58,380 59,105 59,710 60,836 71,487 61,856 63,869 65,891 68,608 72,220 73,035 73,921 74,353 74,877 80,062 83,221 83,442 84,942 86,040 87,149 89,454 93,019 93,973 und 94,747.
67 Gewinne von 200 R auf No. 420 3076 4294 6615 6641 8937 11,223 11,276 11,789 13,283 16,546 18,736 18,899 20,072 20,659 20,974 21,317 22,032 23,772 25,295 26,375 27,161 28,729 30,824 31,231 33,094 33,224 33,252 38,938 40,317 41,806 43,576 44,890 45,074 46,580 48,171 51,745 52,240 56,011 56,025 56,821 57,635 57,636 62,085 62,139 64,469 65,565 67,826 69,007 72,380 73,219 73,784 76,378 81,719 82,662 84,871 85,019 85,224 85,302 85,449 87,598 87,721 88,882 89,901 90,112 90,622 und 91,709.

Telegramm der Danziger Zeitung.

Würzburg, 30. Oct. (Prozess Kullmann.) Die Zeugenvernehmung ist beendet. Besonders bemerkenswerthe Zeugenaussagen waren folgende: Der Gendarmerteigentümer Riez bezeugt die Anwesenheit Kullmann's, er behaupte, den Fürsten nicht besser getroffen zu haben; hätte er einen Posten mehr eingeladen, wäre es ihm vielleicht gelungen; das Gelingen hätte der katholischen Sache genützt. Zeuge Gendarm Heithel: Bei der Festnahme Kullmann's habe er in dessen Wohnung drei Nebeposten gefunden. Kullmann gesteht dem Zeugen gegenüber die Anwesenheit zu: Es mögen wohl noch mehrere auf Bismarck gewesen. Zeuge Böttchermeister Jentrich (Salzwedel): Kullmann habe erst seit dem Besuch des katholischen Vereins daselbst religiöses und politisches Interesse gezeigt. Cigarrenmacher Müller (Salzwedel) bekundet die Anwesenheit Kullmann's: Wenn es wegen der Maigesetze zum Religionskriege komme, würden die 14 Millionen Ultramontanen mit den 24 Liberalen Deutschlands wohl fertig werden. Zeuge Arbeiter Meißner: Kullmann äußerte, ehe er falle, müsse noch ein Anderer fallen. Zeuge Böttchermeister Piper (Kullmann's Neben- gefelle) giebt die Kullmann'sche Anwesenheit an: Wenn der Pfarrer einmal abgeführt werden sollte, müsse der Abführende eher fallen. Landrichter Debon deponirt über das erste Verhör Kull-

Der Prozess Kullmann.

Würzburg, 29. Oct. Heute Morgen 9 Uhr wurde der Prozess gegen Kullmann eröffnet. Schon gegen 8 1/2 Uhr füllte sich der sehr kleine Sitzungssaal im Rathhause, der im Ganzen etwa 200 Personen aufnehmen kann. Der für die Zuhörer reservirte Raum war in wenigen Minuten dicht besetzt. Außerdem fanden noch etwa 80 Personen auf Spezialkarten Einlass. Die Presse des Inlandes und des Auslandes ist durch etwa 40 Correspondenten vertreten. Um 9 Uhr betrat der Gerichtshof, der Staatsanwalt Riedel und der Official-Vertheibiger Gerhards den Saal. Der Gerichtshof besteht aus dem Präsidenten Appellrath Haus und den Beisitzern, den Bezugs- gerichtsräthen Müller und Käufer, und den Gerichts- Assessoren Rüdgersen und Krämer. Kullmann wird von 4 Gendarmen hergeführt, und hierauf wird zur Bildung des Geschworenen-Collegiums geschritten. Der Angeklagte erklärt, er wolle keine Geschworenen ablehnen lassen. Aus der Urne gehen als nicht abgelehnt hervor die Geschworenen: Landwirth Holzappel, Gerber Bing, Landwirth Riedmann, Bürgermeister Fackelmann, Landwirth Bauer, Magistratsrath Sattler, Kaufmann Rosa, Bierbrauer Dahlen, Landwirth Schleier, Müller Deeg, Fabrikant Fischer, Kaufmann Engelhardt und der Ersatzgeschworene Schneidermeister Klauke.

Nachdem Kullmann die bekannten Personal- fragen beantwortet hat und die Anklageschrift ver- lesen ist, soll zur Vernehmung des An- geklagten übergegangen werden. Der Staats- anwalt hält trotz des Geständnisses des An- geklagten eine vollkommene Beweisaufnahme für nöthig und beantragt, den Geschworenen zur Beur- theilung der Verhältnisse einen Situationsplan und eine photographische Abbildung des Druf- schen Hauses vorzulegen. Der Vertheidiger beantragt die Entgegnung von Gutachten, seitens der von ihm vorgeschlagenen Sachverständigen, sowie die Verlesung verschiedener Schrift- stücke. — Es folgt darauf der Aufruf der Zeugen, von denen Müller aus Magdeburg ausgeblieben. Kullmann macht alsdann folgende Angaben: Er habe die Schule in Magdeburg vom 6. bis

mann's in Gegenwart des Fürsten Bismarck, worin Kullmann auf die Frage des Fürsten angab, er habe ihn wegen der Maigesetze tödten wollen. Kullmann gab ferner im Verhör eine klare Darstellung, wie er den Plan zur Ermordung Bismarck's faßte, sich Pistole und Munition verschaffe und nach Berlin, später nach Kissingen reiste. Bei der Vernehmung der Sachverständigen erklärte der Kreismedicinalrath Vogt: Kullmann sei kein Fanatiker, aber ein fanatisirter Mensch, er habe vollständig zurechnungsfähig gehandelt. Wilderud sei sein angeerbter Jähzorn, seine Jugend und die Fanatisirung im katholischen Verein.

Telegr. Nachrichten der Danziger Zeitung.

Santander, 29. Oct. General Laserna hat seine Entlassung genommen und wird nach Ma- drid zurückkehren. Wahrscheinlich wird Moriones zum Nachfolger desselben ernannt werden. Erheb- liche Ereignisse stehen während der nächsten Zeit bei der Armee nicht zu erwarten.

London, 29. Oct. Die Morgenblätter ver- öffentlichen eine dem „New York Herald“ entnom- mene Correspondenz zwischen Herrn v. Bismarck und dem Grafen Armin. Herr v. Bismarck be- scheint unter dem 6. Juli den Empfang von 14 Schriftstücken und verlangt den Rest, für den Graf Armin verantwortlich sei. Graf Armin bestrittet unter dem 20. Juli die Verantwortlichkeit, weil er zeitweise von Paris abwesend war und die Nach- forschung erst zwei Monate nach seinem Wegzug gegeben. Er bestritt ferner jedes Abhängigkeits- verhältniß außer das vom Kaiser; er antwortet daher auch nur privatim. Die Liste der geforderten Schriftstücke einzeln durchgehend, bezeugt er die Mehrzahl derselben als sein Privateigenthum, weil er ihrer event. bedürfe gegen das der feindseligen Absicht Bismarck's entgegengesetzte Schützen, An- schwärzen und gegen die Anklagen auf amtliches Gegenwirken und auf Verschwörungsversuche gegen Bismarck mit Personen, welche dem Kaiser zu- nächststehen. Solche schwere Anklagen erheben eine Rechtfertigung durch Originalschriften. Er werde sich auf das Civilgericht berufen.

Die Eröffnung des Reichstages

fand gestern Mittag in der üblichen Form im Weissen Saale des königlichen Schlosses durch den Kaiser statt, welcher, bei seinem Eintritt durch ein von dem Präsidenten v. Follenbeck angebrachtes Hoch begrüßt, folgende Thronrede, welche ihm Fürst Bismarck überreichte, vorlas:

„Geehrte Herren!

„Zum zweiten Male in diesem Jahre nehme ich Ihre Mitwirkung für die weitere Entwicklung der Institutionen des Reichs in Anspruch. Die gesetzgeberischen Aufgaben, welche Ihnen harren, stehen an Wichtigkeit denen nicht nach, die in den früheren Sessionen den Reichstag beschäftigt haben und überragen dieselben an Umfang und vielleicht auch in der Schwierigkeit der geschäftlichen Be- handlung.

„Die von der Verfassung dem Reiche über- wiesene Gesetzgebung über das gerichtliche Ver- fahren war, in der Beschränkung auf das Verfahren

zum 14. Lebensjahre besucht. Schusswaffen habe er bereits in seinem zweiten Lehrjahre als Bitt- gerlebrting besessen und namentlich aus Terzerolen mit Schrot nach Vögeln geschossen. Von dem Meister Welsch sei er entlassen, weil er oft Abends spät heimgekehrt sei und zu wenig gearbeitet habe. Seinen Nebengefellen Otto habe er in der Trunken- heit mit dem Messer verkehrt, doch sei jener auch trunken gewesen. Daß er den Gefellen Günther mit dem Messer angegriffen habe, sei eine un- wahre Behauptung, dagegen müsse er zugeben, daß er einen Bruder seines früheren Lehrmeisters Welsch verlegt habe, weil er von demselben während seines früheren Aufenthaltes im Hause „katholischer Mäuler“ genannt worden sei. Der Angeklagte giebt ferner die Behauptung der An- klage in Betreff der sonstigen ihm zur Last ge- legten Thätlichkeiten zu und bemerkt weiter, in Salzwedel sei er aus Langeweile Mitglied des katholischen Männervereins geworden und erinnere er sich eines dort gehörten Vor- trages des Pfarrers Störmann. Im Verein habe er die „Germania“ und die „Eichsfelder Volksblätter“, aber auch liberale Blätter gelesen. Daß Fürst Bismarck „der ärgste Feind der Kirche sei“, habe er gesagt; die liberalen Blätter hätten ihn ja auch als solchen dargestellt. Der An- geklagte erklärt, daß er sich zur ultramontanen Partei gerechnet habe; es sei jedoch nicht von ihm gesagt worden, daß im Falle eines Religionskrieges die Katholiken die Uebrigten schon „unterkriegen“ würden. Seine Uebungen im Pistolschießen habe er nur zum Vergnügen betrieben und nur aus Vögel geschossen. Oftern 1874 habe er den ersten Gedanken gefaßt, Bismarck zu tödten. Bei den in der An- klageschrift aufgeführten Aeußerungen, „das Ding hat seinen Zweck und wird ihn auch erreichen“ und „ehe ich sterbe, wird noch ein Anderer fallen“, habe er stets an Bismarck gedacht. Bis zu Oftern d. J. habe er sich mit der Ausführung des Mord- planes beschäftigt und sei zu diesem Zwecke nach Berlin gereist. Vorher habe er mehrere Male die Pistole probirt, ob sie auch nicht versage. In Berlin habe er sechs Nebeposten gekauft, Pulver habe er noch besessen. Aus den Zeitungen habe er dann erfahren, daß Fürst Bismarck abgereist sei. Die

in Elbivischen, schon von dem Norddeutschen Bunde in Angriff genommen und ist seit Begründung des Reichs in ihrem vollen Umfange vorbereitet worden.

„Der Gesetzentwurf: über die Verfassung der Gerichte, über das Civilverfahren, über das Straf- verfahren und über das Concursverfahren, von welchen die ersten drei bereits von dem Bundes- rathe beraten sind, sollen die seit Jahrzehnten von den Rechtschreibern als Bedürfnis anerkannte und von den Rechtskundigen erstrebte Einheit des Gerichtsverfahrens verwirklichen und durch diese Einheit unserm Vaterlande ein Gut gewähren, welches andere Länder längst besitzen und welches wir nicht länger entbehren können.

„Die Entwürfe, welche Ihnen zugehen, sind die Frucht mühsamer Vorarbeiten, an welchen die Rechtswissenschaft, der Richterstand, die Anwalt- schaft und der Handelsstand aus allen Theilen Deutschlands mitgewirkt haben; sie wollen, an be- währte Einrichtungen anschließend, den Forderungen des Lebens, wie solche die Entwicklung des Ver- kehrs zum Ausdruck gebracht hat, und den durch Erfahrung gereiften Forderungen der Wissenschaft gerecht werden.

„In derselben Zeit, in welcher Sie aufgefor- dert werden, die Einheit der Gerichtsverfassung und des Verfahrens zum Abschluß zu bringen, sind die ersten Schritte geschehen, um die Einheit des bürgerlichen Rechtes herbeizuführen. Freilich wer- den Jahre vergehen, bis der letzte Schritt zur Herstellung dieser Einheit gethan werden kann, aber ich freue mich, gestützt auf die gemachten Erfahrungen, schon heute die Ueberzeugung aus- sprechen zu dürfen, daß es uns beschieden sein wird, diesen letzten Schritt in nicht allzu ferner Zukunft thun zu können.

„Die gemeinsame Gesetzgebung über das Heer- wesen, welche durch das in Ihrer letzten Session beratene Reichs-Militärgesetz ihrem Abschluß nahe gebracht ist, soll durch drei Ihnen zugehende Gesetzentwürfe weiter vervollständigt werden. Zwei dieser Entwürfe, nämlich eines Gesetzes über den Landsturm und eines Gesetzes über die militärische Controlle der Verurtheilten, sind bereits in dem Reichs-Militärgesetz vertheilt. Der dritte soll die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden gleichmäßig und in einer den veränderten Verhältnissen entsprechenden Weise regeln.

„Die Steigerung der Lebensmittelpreise stellt in Beziehung auf die Verpflegung des Heeres, und die Fortschritte der militärischen Technik stellen in Beziehung auf die Ausrüstung und die Uebung des Heeres Anforderungen an die Militär-Ver- waltungen, welchen mit den bisher für die Armee bewilligten Mitteln nicht entsprochen werden kann. Ueber die Höhe des hierdurch begründeten Mehr- bedarfs und der zur Befriedigung desselben erfor- derlichen Steigerung der Militärbeiträge sind Ihnen bereits in Ihrer letzten Session vorläufige Mittheilungen gemacht worden. Sie werden aus dem Ihnen vorzulegenden Reichshaushalts-Etat für 1875 ersehen, daß eine Steigerung der Ma- trikularbeiträge, wie sie damals in Aussicht ge- nommen war, genügen wird, um den Mehrbedarf

Wohnung desselben vorher zu ermitteln, sei ihm nicht gelungen. Die in der Anklage behauptete Aeußerung zu Rammeley: „Meine Hand ist zu etwas Anderem bestimmt und ich führe es auch aus!“ müsse er bestritten. Wichtig sei, daß er nach Sanger- hausen gegangen, um dem künftigen Bismarckent- halt des Fürsten, der damals noch nicht näher be- stimmt gewesen, auf alle Fälle näher zu sein. Der Angeklagte recognoscirte die ihm vorgelagte Reisefarte als die seinige, dergleichen die Neb- posten, von denen er jedoch nicht wisse, ob sie zu den in Berlin oder erst in Sangerhausen gekauften gehören. Die Reise habe er bis Nordhausen mit der Bahn, von dort nach Kissingen zu Fuß ge- macht. Die Pistole habe er zum Zweck der Tödtung des Fürsten Bismarck mit Pulver, Papier- prosopfen, zwei Nebeposten und dann wieder mit einem Papierprosopfen geladen. Es käme ihm jedoch so vor, als wären die Nebeposten etwas größer gewesen, als die vorgezeigten. Daß die Ladung zur Tödtung eines Menschen ausreichend gewesen, glaube er ebenfalls. Die Wohnung des Fürsten habe er erst am Sonntag den 12. Juli, Nachmittags, von einem Fremden erfahren, den er darum befragte. In der Nähe des Druffschen Hauses habe er sich oft bewegt, weil er befürchtete, der Fürst könne ihm wieder entkommen. Sonntags würde Angeklagter den Mord nicht begangen haben, auch wenn ihm die Ausführung möglich gewesen wäre, was nicht der Fall war. Auf Be- tragen des Vorsitzenden, ob der Angeklagte denn so viel auf seine Religion halte, antwortete derselbe: „In der That, ja.“ Oftern würde er zur Beichte gegangen sein, aber damals habe er den Mord- plan bereits gefaßt und so hätte ihm die Beichte doch nichts genützt. Angeklagter giebt hierauf den Hergang bei dem Schießen so an, wie es die An- klageschrift thut. Auf den Kopf des Reichs- kanzlers habe er gezielt, damit nicht etwa ein Pan- zerhemd die Kugel aufhalten könnte. Nach dem Schusse sei er nicht hinter, sondern vor dem Wagen des Fürsten auf die andere Seite der Straße ge- laufen, dort einen Augenblick stehen geblieben, wo- rauf er die Pistole fortgeworfen habe. Der Kan- zler habe ihm mit der Pistole geschlagen. Er würde gestochen sein, wenn er nicht verhaftet wor-

für das Heer, sowie die bei anderen Verwaltungs- Zweigen notwendig gewordenen Ausgabe-Ver- mehrungen zu bestreiten.

„Nachdem der Umlauf des Papiergeldes durch ein in Ihrer letzten Session zu Stande gekommenes Gesetz geregelt ist, bedarf es zum Abschluß der Gesetzgebung über den Geldumlauf in Deutschland noch der gesetzlichen Regelung des Umlaufs von Banknoten. Die vorbildlichen Regierungen sind bei dem Ihnen vorzulegenden Gesetzentwurf über diese wichtige Frage von dem Gesichtspunkte ausge- gangen, daß bestehende Rechte nur soweit zu be- schränken seien, als es das, mit der Aufrichtigkeit der Metall-Circulation verbundene, öffentliche In- teresse erheischt, und daß gleichzeitig Vorkehrungen zu treffen sei, um einer späteren, auf den Erfahrungen über die Gestaltung des Geld-Umlaufs fußenden, Gesetzgebung den Weg anzubahnen.

„Die zur endgültigen Regelung der verfassungs- mäßigen Rechnungslegung über die Einnahmen des Reichs erforderlichen Gesetzentwürfe über die Ver- waltung der Einnahmen und Ausgaben des Reichs und über die Einrichtung und die Befugnisse des Rechnungshofes, welche in Ihrer letzten Session nicht erledigt werden konnten, werden Ihnen wiederum vorgelegt werden.

„Die Rechnungen über den Haushalt der Jahre 1867 bis 1871 werden Ihnen zur Entlastung und die Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Reichs im Jahre 1873 wird Ihnen zur Beschluß- fassung zugehen.

„Zum ersten Male wird Ihre Mitwirkung für die Feststellung des Haushalts-Etats von Elbfür- stenthum in Anspruch genommen werden. Die Prüfung desselben wird Ihnen Veranlassung geben, von den Hilfsquellen, den Bedürfnissen und den Einrichtungen des Reichslandes eingehender Kennt- niß zu nehmen, als es bisher, an der Hand der jährlichen Verwaltungsberichte, möglich war. Sie werden unsern oberbheinischen Landesleuten das Interesse bekunden, welches die gesamte Nation den Verhältnissen dieser uralten deutschen Gebiete widmet.

„Der von Ihnen in Ihrer letzten Session gefaßte Beschluß über den Entwurf eines Gesetzes, betr. die Beurkundung des Personenstandes und die Form der Eheschließung, hat dem Bundesrathe Veranlassung gegeben, die Aufstellung eines Gesetzentwurfes über die Einführung der obligatorischen Civilheile und die Beurkundung des Personenstan- des anzuordnen.

„Die Reichs-Postverwaltung ist von mir er- mächtigt worden, eine Neugestaltung des interna- tionalen Postverkehrs durch Verhandlungen mit allen auswärtigen Mächten anzustreben, und, Dank dem Entgegenkommen aller beteiligten Staaten, konnte nach kurzer Verhandlung in Bern ein Post- Vereins-Vertrag unterzeichnet werden, welcher dem geistigen und dem geschäftlichen Verkehr der Völker unter einander eine bisher ungekannte Leichtigkeit und Ausdehnung verspricht.

„Unsere Beziehungen zu allen fremden Regie- rungen sind friedlich und wohlwollend und in der bewährten Freundschaft, welche mich mit den Herr- schern mächtiger Reiche verbindet, liegt eine Bütz-

den. Auf dem Wege zum Gefängniß habe er er- fahren, daß der Reichskanzler nur an der Hand verwundet sei, während er doch gut gezielt zu haben glaube. Der Fürst müsse im Augenblick des Schusses eine Bewegung mit der Hand gemacht haben. Angeklagter gesteht zu, daß er sich der Schwere seines Verbrechens und dessen Folgen für seine Person bewußt gewesen. Er habe aber den Fürsten für den Urheber des confessionellen Streites gehalten und habe das Attentat begangen, weil er nicht glaube, daß mit dem Tode des Fürsten Bismarck der Streit ausgebrochen hätte. Jetzt, nachdem er mehr darüber nachgedacht, sehe er wohl ein, daß er ein großes Verbrechen began- gen habe.

Es folgt die Vernehmung der Zeugen. Die Aussage des Ritterschmied Schmidt ergibt, daß Kullmann in der Richtung nach oben schießen mußte, um den Kopf des Reichskanzlers zu treffen. — Kammerdiener Niedergerg hörte den Schuß von rechts fallen. Derselbe giebt an, daß Kull- mann rechts vom Wagen weggelaufen sei und die Pistole hinter dem Druffschen Hause, der Beside zu, fortgeworfen habe; die Detonation sei sehr stark gewesen. — Das Rintemädchen Thäringen sah den Schuß Kullmann's fallen und zwar habe derselbe von der linken Seite, mehr von hinten abgefeuert. — Zeuge Müllermeister Heim ist mit Kullmann vor Bismarck's Wohnung in Kissingen zusammengetroffen. Derselbe hat sich für einen Rheinpreußen ausgegeben und gesagt: „Bei ihm zu Hause sei man auf Bismarck nicht gut zu sprechen.“ Er habe später Kullmann schließen sehen und zwar sei, sobald derselbe das Pistol ge- zogen, auch der Schuß schon gefallen; die Waffe habe Kullmann, nachdem er dem Wagen vorge- laufen, weggeworfen. — Zeuge Laditzer Kummert aus Schweinfurt hat mit Kullmann vor der Woh- nung des Fürsten Bismarck gesprochen. — Zeuge Kowert's (Polizeibeamter aus Berlin) deponirt folgendes: Ihm sei anfangs der Pfarrer Hau- thaler aufgefallen, welcher dravartig im Weg ge- standen habe, daß ihn das linke Wagenpferd streifte; bei dem dadurch verursachten Aufenthalt sei Kull- mann etwas gebückt an das linke Wagenrad ge- stellt. Zeuge habe ihn zurückhalten wollen, da er in

Schaft der Dauer des Friedens, für welche ich Ihr volles Vertrauen in Anspruch nehmen darf.
Wir liegt jede Verführung fern, die geeinte Macht des Reiches anders, als zu dessen Vertheidigung zu verwenden, vielmehr ist es gerade diese Macht, welche meine Regierung in den Stand setzt, ungerechten Verdrüssigkeiten ihrer Politik gegenüber zu schweigen und gegen das Uebelwollen oder die Parteilichkeit, denen sie entspringen, erst dann Stellung zu nehmen, wenn dieselben zu Thaten übergehen sollten. Dann weiß ich, daß für die Rechte und die Ehre des Reichs jederzeit die gesammte Nation und ihre Fürsten mit mir eintreten bereit sind."

Reichstag.

1. Sitzung vom 29. October.

Die Bänke des Hauses sind mäßig besetzt, die Abgeordneten für Elsaß-Lothringen fehlen sämmtlich. Präsident v. Forckenbeck eröffnet auf Grund des § 1 der Geschäftsordnung die Sitzung und ernennt vier interimistische Schriftführer. An Vorlagen sind 17 Gesetzentwürfe eingegangen, darunter das Gerichtsverfassungsgesetz, die Strafprozeßordnung und die Civilprozeßordnung.

Da der Namensaufruf ergibt, daß nur 170 Mitglieder anwesend sind, während zur Beschlußfähigkeit 199 gehören, zweifelt der Abg. Windthorst (Neppe), ob die Verloosung in die Abtheilungen stattfinden dürfte. Der Präsident erklärt jedoch, daß er, da kein Präcedenzfall vorliege, die Verloosung auf seine Verantwortung vornehmen lassen würde; die Constatirung der Abtheilungen solle jedoch erst stattfinden, wenn das Haus beschlußfähig geworden — Nächste Sitzung Sonnabend. (Im Falle der Beschlußfähigkeit Wahl des Bureaus.)

Danzig, den 30. October.

Die Thronrede, mit welcher gestern der Kaiser den Reichstag eröffnete, ist ohne rhetorischen Brunn, wie immer die preussischen und deutschen Thronreden, wenn nicht der Augenblick einen höhern Schmuck in der Rede bewirkt. Sie zählt die Gegenstände, welche den Reichstag beschäftigen werden, in fast erschöpfender Vollständigkeit auf. Den großen Justizgesetzen wird dabei ihrer Wichtigkeit wegen eine bevorzugte Stelle eingeräumt. Mit Befriedigung wird man die Versicherung hören, daß nach der Ueberzeugung des Kaisers den letzten Schritt zur Herstellung der Einheit des bürgerlichen Rechts in nicht allzu ferner Zukunft thun zu können und beschließen sein wird. Die folgenden Abschnitte sind dem Militärwesen gewidmet; darauf folgt an dritter Stelle das Baugesetz. Der betreffende Passus der Thronrede hat die Berliner Börsenkreise nach den den dortigen Börsen-Notierungen verstimmt, was weiter kein Ungleich ist. Die übrigen Verhandlungs-Gegenstände werden nur kurz erwähnt. Den „oberrheinischen Landesboten“ wird gewiß auch der Reichstag das Interesse bekunden, welches die gesammte Nation den Verhältnissen dieser uralten deutschen Gebiete zuwendet. Diese Betonung des Deutschthums der Reichslande wird eine weithin vernehmliche Mahnung sein. Eine Ergänzung findet diese Mahnung in den beiden letzten Absätzen der Thronrede, welche von unsern Beziehungen zum Auslande handelt. Dieser Theil zeugt in sehr glücklicher Fassung von dem Selbstgefühl des Kaisers, welcher die Heterogenen der Feinde, so lange sie nicht zu Thaten übergehen, mit Verachtung strafen kann. Der fast stürmische Beifall, mit welchem diese Schlussworte des Kaisers von den anwesenden Reichstagsmitgliedern aufgenommen wurde, wird von dem „Uebelwollen und der Parteilichkeit“ im In- und Auslande wohl zu bezeugen sein.

Die zweite Sitzung des Reichstages findet erst morgen statt, um den Fractionen Zeit zu lassen, sich über die morgen stattfindende Präsidienwahl zu verständigen, vor Allem über die Wahl des ersten Vicepräsidenten an Stelle Hohenlohes. Hoffentlich wird der Reichstag morgen schon beschlußfähig sein; die alte Mißere des auf Windthorst's Antrag erfolgten vergeblichen Ausählens würde einen sehr schlechten Eindruck hervorbringen.

Die heutige „Prov.-Corr.“ giebt einen interessanten Ueberblick über die Aufgaben, welche der preussische Landtag noch zu lösen hat, um die Reform der preussischen Verwaltung voll-

zuzuführen. „Für Westfalen, Rheinland und Hessen-Nassau wird zugleich mit einer neuen Kreisordnung eine neue Landgemeinde- und Städte-Ordnung zu erlassen sein, da in jenen Provinzen zur Zeit nicht weniger als 11 verschiedene Gemeindeverfassungsgesetze gelten, auf welchen sich eine einheitliche Kreisverfassung nicht aufbauen lassen würde. Für die Provinz Posen ist im Anschluß an den aus dem Abgeordnetenhaus hervorgegangenen Gesetzesvorschlag der Entwurf der neuen Kreisordnung aufgestellt worden. Der dem Landtage bereits in der vorigen Session vorgelegte Entwurf einer Provinzial-Ordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schleisen und Sachsen ist auf die Provinzen Posen, Westfalen und Rheinland ausgedehnt worden. Ein besonderer Gesetzesentwurf betrifft die Verfassung und Verwaltung der neu zu bildenden Provinz Berlin. Es ist ferner der Entwurf eines Gesetzes wegen der Dotation der Provinzialverbände vorbereitet, sowie der schon früher ausgearbeitete Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Einsetzung von Verwaltungsgerechten und eines obersten Gerichtshofes für streitige Verwaltungssachen, mit Rücksicht auf die anderen organischen Gesetze einer vollständigen Umarbeitung unterworfen worden. Die Staatsregierung hofft alle diese Gesetzesvorlagen bis zum Beginn der nächsten Session des Landtages fertig zu stellen. Für die späteren Sessionen würden nur noch die Entwürfe zu Kreis- und Provinzial-Ordnungen für die Provinzen Schleswig-Holstein und Hannover, sowie neuer Gemeindeverfassungsgesetze für die übrigen Provinzen ausgearbeitet sein. Die Frage, ob die Bezirksregierungen in ihrer bisherigen collegialen Verfassung noch fernerhin beizubehalten oder in welcher Weise dieselben zu reorganisiren sein werden, bedarf einer eingehenden Erörterung. Die Entscheidung dieser Frage kann nicht bis dahin ausgesetzt werden, wo die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Verfassungen zum Abschlusse gelangt sein wird; vielmehr erscheint es notwendig, sich zunächst über die Grundzüge eines Reorganisationsplans schon jetzt, im Zusammenhange mit den Erwägungen für die weiteren Reformen, zu verständigen. Bei den bisherigen Verhandlungen des Landtages ist wiederholt der Wunsch zu erkennen gegeben worden, daß dem Landtage ein vollständiger Plan für die Reform der gesammten inneren Landesverwaltung so bald als möglich vorgelegt werden möchte und es sind deshalb die Grundzüge eines Reorganisationsplans für die allgemeine Landesverwaltung aufgestellt worden, welche zur Zeit der Beschlußnahme des Staatsministeriums unterliegen.“

Die Nachricht von einem erneuten Briefwechsel zwischen Kaiser Wilhelm und dem Papste stammt, wie sich jetzt ergibt, aus dem römischen Blatte „Fanfulla“. Das Blatt schreibt: „Vor geraumer Zeit schrieb der Papst eigenhändig und in sehr gemäßigten Ausdrücken an den deutschen Kaiser und appellirte an dessen „christliche Gefühle“, damit jene „Versorgungen“ enden, welche nach Ansicht des Papstes nur bezweckten, die Politik eines Ministers gegenüber dem socialistischen Elemente in Deutschland zu befestigen. Diefem Briefe antwortete nunmehr der deutsche Kaiser und versicherte den Papst seiner immerwährenden achtungsvollen Gefühle gegen das Haupt der katholischen Kirche, indem er bezeugte, daß die von seiner Regierung gegen einen Theil der katholischen Clerus in Deutschland beobachtete Politik, weit entfernt, einen feindseligen Geist zu entflanzen, darauf abzielt, die unzureichende Haltung der katholischen Partei gegen die Reichseinheit und den Willen der großen Majorität Deutschlands zu bekämpfen.“ In römischen diplomatischen Kreisen weiß man — nach der „Ind. Belge“ — nichts von einem solchen Briefwechsel. Wir kommen nur darauf zurück, weil nach der Meinung der unsrer Regierungskreise nachstehenden „Poit“ die Existenz desselben nicht mehr bestritten werden kann.

Deutschland.

△ Berlin, 29. Oct. Die heute Mittag stattgehabte Eröffnung des Reichstages im Weißen Saale des K. Schlosses hatte eine überaus zahlreiche Menschenmenge in der nächsten Nähe des Schlosses zusammengeführt, welche den Kaiser, den Kronprinzen und ganz besonders den Fürsten Bismarck, welcher nach dem Attentat zum ersten Male öffentlich erschien, mit lautem Zuruf begrüßte. — Bezüglich der Präsidienwahl hat, wie man hört, der Abgeordnete v. Forckenbeck wegen seiner amtlichen Verpflichtungen als Ober-Bürgermeister der Stadt Breslau und zwar aus eigener Initiative, und wie er hinzusetzte, ohne jede Veranlassung seitens der dortigen Bürgerschaft, Bedenken geäußert, die Wiederwahl zum Präsidenten anzunehmen, jedoch sich auf die dringenden Vorstellungen seiner Freunde dazu bereit finden lassen. Zum ersten Vicepräsidenten wird, und zwar nach dessen erfolgter Zusage, der Abg. v. Stauffenberg gewählt, und zum 2. Vice-Präsidenten der Abg. Pöhl wieder gewählt worden. Der Präsident v. Forckenbeck hat gestern Nachmittag den Erweiterungsbau des Reichstagsgebäudes abgenommen und sich in anerkennender Weise über die neuen Räume und deren Einrichtung gegenüber den damit betrauten gewesenen Architekten: dem Kais. Baumeister Neumann, dem K. Landbaumeister Häfke und dem Architekten Höpner ausgesprochen. Auch bei den Abgeordneten haben die neuen Einrichtungen einstimmig lebhaftest Anerkennung gefunden. — Dem Bundesrathe ist ein Gesetzesentwurf betreffend die anderweite Festsetzung der nach dem Reichsgesetz vom 4. Mai 1868 in den hohenzollern'schen Ländern zu erhebenden Abgabe von der Branntweinbereitung zugegangen. Der Entwurf hat lediglich den Zweck, die fraglichen Vorchriften mit der Markrechnung in Einklang zu bringen. Er soll mit 1. Januar 1876 in Kraft treten.

— Aus dem nordwestlichen Schleswig gehen Nachrichten ein, daß sich dort eine bedeutende Auswanderung, wie es heißt, nach Neufeland, und namentlich unter den Arbeiterfamilien vorbereitet.

— Vor einiger Zeit regte das Berliner Polizeipräsidium die Frage an, ob sich nicht die Einführung einer Steuer auf alle Baustellen an gepflasterten Straßen empfehle. Veranlassung dazu war die Thatsache, daß Speculanten die An-

lage und Regulierung neuer Straßen auf öffentliche Kosten durchsetzen, dann aber ihre Baustellen, um den Preis zu steigern, lange Zeit unbenutzt lassen. Wie die „N.-Z.“ hört, hat die Steuerdeputation gestern sich gegen die Baustellensteuer, als unausführbar und ungewinnlich, namentlich deshalb ausgesprochen, weil sich gar nicht feststellen läßt, welche Grundstücke und Parzellen lediglich als Baustellen anzuweisen sind.

Bosen, 29. Oct. Im Ministerium ist der Entwurf einer Kreisordnung für Bosen ausgearbeitet worden, der sich im Ganzen an den früheren Friedenthal'schen Entwurf anlehnt. Wie der „B.-Z.“ von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, liegt dieser Regierungsentwurf gegenwärtig den Behörden der Provinz Bosen zur gutachtlichen Aeußerung vor.

München, 28. Oct. Zur weiteren Ausdehnung der Münzprägung in der hiesigen Königl. Münzanstalt sind schon vor längerer Zeit zwei neue Prägungsmaschinen bestellt worden, deren Ablieferung jedoch wegen zu großer Bestellungen bei der betreffenden Fabrik sich bisher verzögerte, nun aber in nächster Zeit wird erfolgen können. Nach erfolgter Aufstellung der beiden Maschinen wird die Münzprägung hier beinahe um die Hälfte vermehrt werden können.

Schweiz.

Bern, 29. Oct. Der Nationalrath hat die Beratung des Militärgesetzes bis auf die Uebergangsbestimmungen erledigt, welche erst bei dem am 9. K. M. erfolgenden Wiederbeginn der Sitzungen discutirt werden sollen. (W. L.)

Frankreich.

Paris, 27. Oct. Der clerical-legitimistische Candidat im Pas de Calais entsagt seiner Candidatur und fordert seine Wähler auf, sich der ferneren Theilnahme am Wahlkampf zu enthalten, so daß, falls dieselben seinem Gebote folgen, der von der Regierung beschuldigte bonapartistische Candidat wahrscheinlich am 1. November, wo die engere Wahl stattfindet, den Sieg davontragen wird. — Im Pariser Gemeinderathe sind die verschiedenen auf das Octroi bezüglichen Fragen erschöpft worden. Nächste wird der Seine-Präfect den Entwurf einer Anleihe von 270 Millionen vorlegen. Die Stadt will diese Anleihe machen, theils um ihre Vergangenheit zu liquidiren, theils um gewisse große Arbeiten fortzuführen.

— Der Präfect von Constantine hat den republicanischen Club dieser Stadt schließen lassen, weil derselbe dem radikalen Abg. Ordinaire, welcher Algerien bereiste, einen ehrenvollen Empfang bereitet hatte.

— Der General Esprit de la Villeboisnet Commandant in Marseille (15. Armecorps), hat folgenden Tagesbefehl erlassen: „Ein wenig gewissenhafter Militär-Vieferant hat geglaubt, das Gewissen eines Unteroffiziers wie eine Waare kaufen zu können. Der Unteroffizier Dupont (vom 24. Bataillon der Jäger zu Fuß), der darum angegangen war, seine Uniform zu besorgen und gegen seine Pflicht eines ehrlichen Mannes zu handeln, verstand es, der Achtung Aller und der Feindschaft zu bleiben. Nachdem er das ihm angebotene Geld angenommen, um die Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung des Unternehmers constataren zu können, bereitete er sich, die Summe seinen Oberen zu übergeben und ihnen über das, was er festgestellt, zu berichten. Der Ober-General beglückwünschte den Unteroffizier Dupont wegen seines ehrlichen und einsichtsvollen Auftretens und dankt ihm von Neuem offen, die die Armees beselnden Principien der Pflicht und der Ehrlichkeit bekräftigt und so gestattet zu haben, einen schuldigen Lieferanten den Gerichten zu überliefern.“

— Eine Gerichtszeitung berichtet über den vor dem hiesigen Kreisgericht abgehandelten Prozeß eines Communisten, Namens Vinchon, der zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt wurde. Während der Verhandlung erzählte der Angeklagte, daß er einen Apparat erfinden habe, mit dem man wieder Elsaß-Lothringen erlangen könne. Das Auditorium brach in ein helles Gelächter aus, der Vorsitzende hingegen fragte mit äußerster Wichtigkeit, ob Vinchon seine Erfindung nicht schon dem Kriegsminister mitgetheilt habe oder mittheilen wolle. — Der „Kappel“ versichert, daß die Regierung beschlossen habe, das Schloß von Saint Cloud nicht wieder aufzubauen, da dasselbe nicht weniger als 4 Mill. kosten würde.

Bavonne, 26. Oct. Seit Sonnabend ist auf der Bidassoa ein französischer Douanekreuzer mit der Aufgabe stationirt, den Schmuggel, welchen französische Fahrzeuge für die Carlisten betreiben haben, zu verhindern; auch von spanischer Seite ist noch ein solches Schiff mit der gleichen Ueberwachungs-Aufgabe betraut worden. In Cambo, Uruguay und anderen Grenzorten sind große Blei- und Kupfertransporte mit Beschlagnahme worden, welche für die carlistische Patronenfabrik in Reuteria bestimmt waren. Die Carlisten, welchen Ausweisungsbefehle ausgestellt worden, haben sich sämmtlich von hier entfernt. Auf einige, die keine feste Wohnung hatten, wird noch von der Polizei gefahndet.

Roanne, 25. Oct. Ein bedeutender Streik ist unter den hiesigen Baumwollspinnern ausgebrochen. Die großen Fabriken haben ihre Werkstätten geschlossen.

Italien.

Bei dem Baute, welches die Wähler des Kriegsministeriums am 23. in Novara veranstalteten hatten, dankte ihnen dieser für das ihm erwiesene Vertrauen. In das Kriegsministerium berufen, um das Heer zu reorganisiren, habe er bei der Theuerung aller Bedürfnisse die Steuerkraft des Landes in einem hohen Grade in Anspruch nehmen müssen; er hoffe aber, daß der Aufwand von mehr als 185 Millionen für das Kriegsministerium nur noch wenige Jahre dauern werde. Er sprach sich ferner über den Sturz des früheren Ministeriums aus, wobei das dem vormaligen Ministerpräsidenten Lanza gespendete Lob allgemeine Anerkennung fand. Er wäre, fuhr der Redner fort, nicht in das neue Cabinet eingetreten, wenn er nicht den Verdacht hätte vermeiden müssen, als ob er sich der Verantwortlichkeit für die von ihm unternommene Heeresreorganisation entziehen wollte. Er hoffe, daß sich in der neuen Kammer

eine starke und compacte Majorität zusammenfinden werde, um die Regierung kräftig zu unterstützen und es ihr möglich zu machen, fest und energisch aufzutreten. Nachdem er erkannt, daß alle Schattierungen der liberalen Partei zur Unabhängigkeit, Freiheit und Einheit Italiens nach Kräften beigetragen, sprach er den Wunsch aus, daß es den gemäßigten Liberalen gelingen möge, das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts herzustellen und den Zwangscours des Papiergeldes wieder abzuschaffen.

England.

London, 29. Oct. Der türkische Panzer-Monitor „Mesonbirge“ ist heute vom Stapel gelaufen. — In Dover bei Winstford sind bei dem Brände einer Baumwollspinnerei 9 Menschen umgekommen.

— Wenn die auch durch mehrere Telegramme nicht verschlechten Zweifel sich bestärken, so wäre es nicht das erste Mal, daß ein falscher Rena Sabib den Engländern ausgeliefert worden ist. Ein eigentümlicher Zug der Finnis, ihre kalte Todesverachtung macht die Feststellung noch schwieriger, als sie es obeneben sein würde. Es liegen aus andern Untersuchungen Fälle vor, in welchen Jübler nicht nur mit dem größten Gleichmuth und Standhaftigkeit sich der Todesstrafe ausgesetzt und dieselbe gesucht haben, sondern dieses sogar unter Umständen, die ihren Beweggrund für Europa ganz unbegreiflich erscheinen lassen. Es lebt indessen ein Zeuge, dessen Urtheil maßgebend sein muß. Wie im Falle Livingston's, wo freilich die Bestätigung nicht so nothwendig war, ist es ein Arzt, der den Rena vor langer Zeit behandelt hat. Bei Livingston war das Beweismittel der Arm, hier ist es der Fuß, welcher als Folge eines eigentümlichen Bruches eine veränderte Knochenbildung aufweist, die als ein untrügliches stichförmiges Merkmal angesehen werden darf. Der Arzt ist auf dem Wege nach Moray und sein Gutachten wird möglicher Weise Beweiskraft bringen.

Danzig, 30. October.

* Da auch nach dem Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai d. J. (§ 22 Abs. 2.) die erfolgte Verheirathung eines Militärpflichtigen niemals dessen Zurückstellung begründen kann und ebensowenig aus den durch eine solche Verheirathung herbeigeführten Umständen Reclamationsgründe entnommen werden dürfen, so sind die Standesbeamten darauf hingewiesen worden, daß sie verpflichtet sind, von Männern im Alter von 20 bis 25 Jahren, welche sich zur Einschließung melden, den Nachweis über ihr Militärverhältnis führen zu lassen und falls sie der Militärpflicht noch nicht genügt oder eine definitive Entscheidung als unbrauchbar resp. Eclat-Referenten noch nicht erhalten haben, dieselben auf die Gesetzesbestimmung zu Protokoll aufmerksam zu machen und ihnen die Folgen für die Existenz der Familie im Falle ihrer Einschließung vorzubringen. Eine solche Vorhaltung ist stets nur dann erforderlich, wenn die betreffende Person trotz der ihr gemachten Vorstellungen bei ihrem Entschlusse der Einschließung verbleibt.

* Zum Nebanten der hiesigen Kammerei-Hauptkasse ist in der gestrigen Sitzung des Magistrats der Buchhalter Sauerhering ernannt worden.

* Der Assistent beim hiesigen Kgl. Proviantamt, Hr. Bedmann, ist zum Nebanten ernannt und nach Briesg verlegt worden.

* [Gerichtssverhandlung am 29. Oct.] Die unverehelte Wilhelmine Kanig stand im Jahre 1870 bei dem Gutsbesitzer Franz Genschow zu Schellmühl als Wirthin im Dienst, gab denselben jedoch im Einverständnis mit Genschow am 26. Juli 1870 auf und verließ dessen Haus unter Zurücklassung ihrer Sachen. Nachdem sie ihn wiederholt vergeblich um in Dienstzunehmung gebeten, begab sie sich in derselben Angelegenheit am 30. Juli 1870 Mittags in die Genschow'sche Wohnung. Ihrem Verlangen wurde nachgegeben und als sie auf Ertheilung eines Dienstzeugnisses bestand, verlegte ihr Genschow einen Schlag ins Gesicht. Die Kanig trug ein Schüttelfieber in der Hand, sie sträubte sich, suchte den G. von sich abzuwehren und verlegte ihn dabei leicht an der Stirn. Während die Kanig nun die Hausschlüssel zu erreichen suchte, rief G. seinen Bruder Eduard G. der bei ihm die Wirthschaft führte und Ortschule war, hinzu. Beide packten die Kanig; Franz G. zog sie demnach mit Gewalt nach der Hausthür, warf sie zur Thür auf den Hof hinaus und stieß sie dort mehrmals gegen eine Mauer. Da die K. sich mit Händen und Füßen wehrte, forderte Franz G. seinen Bruder Eduard auf, ihn zu helfen und die K. festzuhalten. Dieser faßte sie in das Haar und versetzte ihr Faustschläge auf den Hinterkopf, so daß sie zur Erde stürzte. Beide hielten sie fest und auf die Aufforderung des Franz G. „Band zu holen um die Bestie“ — die K. — zu binden,“ holte dessen Sohn Johannes G. Bindfaden herbei, mit welchem sie die K. trotz ihres Schreiens und äußersten Sträubens zu binden versuchten. Auf Geheiß seines Vaters holte Johannes G. nun dessen Arbeiter Jankowski, Biegelohn, Stegemann, Grentowski und Kleba hinzu und auf Aufforderung des Franz und Ed. G. band Jankowski mit Unterstutzung des Biegelohn und Stegemann der K. die Hände an den Rücken. So gebunden wurde die K. von den 3 Arbeitern gepackt und in den auf dem Hofe befindlichen Keller getragen, wo sie eingeschlossen werden sollte. Als die Kanig nun laut weinte und aus dem Keller herauszukommen versuchte, rief Franz G.: „laßt sie heraus und bindet ihr die Füße.“ — Die K. wurde nun aus dem Keller heraufgebracht, sofort von Biegelohn gefaßt und zur Erde gemworfen. Dieser kniete ihr auf die Brust, während Jankowski ihr die Füße mit einem Stricke zusammenband. Biegelohn trug sie dann, obgleich sie bat, man möge sie doch loslassen, wieder in den Keller, dessen Thüre Joh. G. geöffnet hatte und legte sie dort auf den Boden nieder. Ed. Genschow verließ demnach den Keller mittelst eines Vorhängeschlosses. So gefesselt lag die K. etwa 3/4 Stunden, bis es ihr gelang Hände und Füße von den angelegten Fesseln zu befreien. Sie stieß jetzt mehrmals gegen die Kellertüre, bis sie dieselbe sprengte und entließ dann von dem Genschow'schen Hofe. Inzwischen war nach Langfuhr an den Gendarmen und den Polizeibeamten geschickt worden, diese kamen jedoch nach Schellmühl, als die K. sich bereits befreit hatte und entlaufen war. — Dies ist die einzige Darstellung der Kanig, auf welche sich die Anklage stützt und zwar gegen Jankowski, Biegelohn und Stegemann wegen Freiheitsberaubung, gegen Franz und Eduard Genschow wegen Anweisung und gegen Johannes Genschow wegen Theilnahme an diesem Vergehen. Gleichzeitig sind Hr. und Ed. G. der vorsätzlichen Mißhandlung angeklagt. — Franz G. bestreitet alle Anführungen der K., namentlich, daß er dazu beigetragen, die K. zu binden und einzusperrern und daß er sie gemißhandelt habe; er will von der K. blutig geschlagen worden sein und behauptet, was auch ein Zeuge bezeugt, daß die K. sich dieser Mißhandlung mit den Worten gerührt habe: „ich habe dem Kerl ordentlich ein gegeben.“ Bezüglich des Bindens und Einsperrern aber behauptet er, daß er damit nichts zu thun gehabt, sein Bruder Ed., welcher Schulze von Schellmühl war, habe

die Verhaftung des K. von Amtswegen vorgenommen auch habe er die drei Arbeiter keinesweges aufgefordert, die K. zu binden und einzusperren, diese Aufforderung sei von seinem Bruder ergangen, dagegen habe er dieselben, als diese sich weigerten, der letztern Aufforderung nachzukommen, aufmerksam gemacht, daß sie sich strafbar machen würden, falls sie dieser amtlichen Aufforderung nicht nachkämen. — Ed. G. will an die Aufforderung seines Bruders die Verhaftung des K. selbstständig als Ortsvorstand von Schellmühl vorgenommen haben, weil die K. flüchtend wollte und es als notwendig erachtet habe, den Thatschstand sofort zu stellen. Beide schildern die K. als eine Person die wie ein wildes Thier gewüthet, um sich herum gebissen und geschlagen habe, gegen welche die angewendeten Gewaltmaßregeln zu ihrer Ueberwältigung nöthig gewesen. Ed. G. giebt zu, daß die K. dabei nicht besonders zart angefaßt worden sei, er bestritte aber, sie vorsätzlich gemißhandelt zu haben. Geaen Johannes S. wurde das Verfahren angelegt, weil derselbe Sobat ist. Die übrigen 3 Angekl. behaupten, daß sie zur Hülfeleistung bei der Festnahme der K. durch den Ortsvorstand requirirt worden seien und weisen jede Verantwortlichkeit ihrer Handlungen vor sich ab. — Der Herr Staatsanwalt hielt die Anklage in allen Theilen aufrecht und führte aus, daß sich die Verhaftung der K. es an jeder geeglichen Veranlassung fehlte, da dieselbe sich keiner Straftat schuldig gemacht hatte. Er beantragte gegen K. und Ed. G. 1 Woche Gefängniß, die 3 Arbeiter aber und zwar aus dem von diesen erhobenen Einwände freizusprechen. — Der Gerichtshof sprach sämtliche Angeklagte frei, die 3 Arbeiter aus dem vom Herrn Staats-Anwalt angeführten Grunde; den Ed. G. weil derselbe als Polizeibehörde zur Verhaftung berechtigt gewesen, den K. weil festgestellt worden, daß nicht er, sondern sein Bruder als Ortspolizeibehörde die qu. Verhaftung vorgenommen, die vorsätzliche Mißhandlung der K. aber gegen beide Angeklagten nicht erwiesen ist.

Unser am hiesigen Plage allein bestehendes

Tuch-Engros-Lager

bietet nach Eingang der aus den bedeutendsten Fabriken des In- und Auslandes und von den Webplätzen bezogenen

Herbst- und Winter-Stoffen

die großartigste Auswahl in Stoffen zu Paletots und ganzen Anzügen. — Unsere Paletotstoffe in **Floconnés, Ratins, Doubles** und **Eskimos** zeichnen sich namentlich durch **Reinheit der Farben** aus. — In Stoffen zu ganzen Anzügen, schwerste achtfarbige englische Kammgarne, und modernsten colorierten Buckskins unterhalten wir eine Auswahl, wie solche noch nie geboten.

Schwarze Tuche, Satins, Croisés, Diagonals in allen nur denkbaren Qualitäten sind ununterbrochen am Lager.
Unsere Preise bei Abgabe einzelner Meter sind streng

Engros-Preise,

zu welchen wir auch **sämtliche Futterstoffe** ausschneiden. Auf die sehr bedeutenden Vortheile, die wir beim Einzelverkauf bieten, erlauben uns wiederholt aufmerksam zu machen und laden zu zahlreichen Ankäufen ergebenst ein.

Riess & Reimann, Breitgasse 56.

Montag, den 2. November

beginnt bei mir der Weihnachts-Ausverkauf. **W. Jantzen.**

3885)

Unser Ausverkauf in zurückgesetzten Wäscheartikeln zc. beginnt Montag, den 2. November.
Leinen-Handlung und Wäsche-Fabrik

KIEHL & PITSCHEL.

Montag, den 2. November, beginnt bei uns der Ausverkauf zurückgesetzter Kleiderstoffe jeder Art, Long-Chales, Lama-Tücher und verschiedener anderer Artikel.

F. W. Faltn & Co. Nachfolger, Langgasse 13.

(3976)

Heute 8 Uhr Abends wurden durch die schnelle und glückliche Geburt eines kräftigen Jungen erfreut

Theodor Weyer und Frau
Natalie geb. Dentler.
Danzig, den 29. Oct. 1874.

Die glückliche Entbindung meiner lieben Frau von einem gesunden Knaben zeige ergebenst an.

Danzig, den 30. October 1874.

Gestern Abend 11 Uhr wurde uns ein kräftiger Knabe geboren.

Tiegenhof, den 29. October 1874.

Eduard Wiens und Frau.

3954)

Statt jeder besonderen Meldung.

Unter uns am 29. d. Mts., 7½ Uhr Abends geborenes Schindchen ist heute Vormittags um 10 Uhr gestorben.

Danzig, den 30. October 1874.

3960)

Benno v. Wiedt und Frau.

Den heute früh 3 Uhr erfolgten sanften Tod unseres theuern Mannes, Dinkels, Sohnes und Bruders, des Gutsbesizers

Albert Lachmanský

zeigen wir, statt jeder besonderen Meldung, theilnehmenden Verwandten und Freunden hierdurch an.

Münsterwalde, 29. Octbr. 1874.

Die tief betrubten

Sinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag

Vormittag in Marienwerder statt.

Koninkl Ned.

Stoomboot Maatsch.

Amsterdam.

Zur Bequemlichkeit für den Del- zc. Import läßt die obige Gesellschaft außer den Haupt-Mittelmeerhäfen in neuerer Zeit ihre Dampfer auch Nizza aller 16 Tage anlaufen.

Näheres wegen Fracht bei

J. H. Rehtz & Co.

Dampfer-Verbindung.

Danzig—Stettin.

Dampfer „Stolz“, Capt. Marx, geht Sonnabend, den 31. October c., von hier nach Stettin.

Güter-Anmeldungen nimmt entgegen

Ferdinand Prowe.

Sehr schöne Gnten,

Große Hasen

empfiehlt

Magnus Bradtke.

Ein tafelförmig. Clavier

ist zu verkaufen Langenmarkt No. 19.

Zu verkaufen:

Eine schöne Sammlung von Girsch-, Roth- und mehreren anderen Geweihen (über 100) mit schönen Thier-Köpfen, eine alte Waffensammlung, ausgestopfte Vögel zc. und eine antike Armbrust, angelegt mit Eisenbein und graviert, aus der Ordenszeit, ist täglich von 9 bis 1 Uhr zu besehen Brodantengasse No. 44. Herrn Pieper.

Wählerversammlung zur Stadtverordneten-Wahl.

Sämmtliche wahlberechtigten Bürger des Stadtbezirk Danzig werden hiermit eingeladen
Sonnabend, den 31. October, Abends 7 Uhr, im großen Saale des Gewerbehause, zur
Aufstellung von Candidaten zur Stadtverordneten-Wahl, recht zahlreich zu erscheinen.

Das Comité.

Belz- und Rauchwaaren-Lager für Herren und Damen

in geneigte Erinnerung zu bringen. Selbiges ist für diese Saison wieder auf das Vollständigste assortirt wie gewöhnlich zu sehr soliden Preisen.

Jede Reparatur wie neue Arbeiten führe ich prompt und billig aus.

Achtungsvoll

Jacob Goldschmidt, Heiligegeistgasse 133.

3932)

Talons

Westpreussischen Pfandbriefen und Preussischen Staatsschuld-scheinen

nehmen wir zur kostenfreien Erhebung der neuen Couponbogen schon von jetzt ab entgegen. Wir bemerken gleichzeitig, daß wir sämtliche hier zahlbare fällige Coupons von Westpreussischen Pfandbriefen, Staatspapieren, Hypotheken-Pfandbriefen, hiesigen Communal- und Industriepapieren zur Bequemlichkeit des Publikums speciell unserer vielen Geschäftsfreunde zu jeder Zeit kostenfrei einlösen.

Meyer & Gelhorn, Danzig,

Bank- und Wechsel-Geschäft, Langenmarkt No. 40.

3971)

Ausverkauf von Creas-Resten

geklärt und ungeklärt.

N. T. Angerer,

Langenmarkt 35.

(3978)

Herings-Auction

Montag, den 2. November, Vormittags 10 Uhr, über 100 Tonnen diesjährige norwegische Fett-Heringe C., am Anlegeplatz der Königsberger Dampfer an der Eisenwaage (Langarter Brücke) von Königsberg zum Verkauf gesandt.

H. H. Roell.

15—20 Fuhren Torfgrus Eine Verhüttungsstelle ist zu besetzen bei Be-

willigung eines monatlichen Taschens- werden zu kaufen gesucht Johannisgasse 33, geldes bei Apotheker Werner in Praust.

Den Empfang sämtlicher Neuheiten in angefangenen und fertigen Stickereien erlaube mir ergebenst anzuzeigen.

Jenny Evers Ww.,

Langgasse 66, Eingang Portchaisengasse.
Annahme für Musterzeichnungen und Namenssticken.

IV. V. VI. Danziger Gründungs-
weisen
Kortf. in der Westbr. Bta.

Schwedische Streichhölzer
offeriert Wiederverkäufern
billigst

J. G. Amort.

Englische Biscuits
von Huntley & Palmers in London,
Thorner Pfefferkuchen

von Gustav Weese
empfiehlt

J. G. Amort,

Langgasse 4.

(3972)

Frischen Astrach. Perl-Caviar,
Grosse geröstete kurische Neun-
augen,

Pommersche Spickgänse und
Sülzkeulen,
Feinste Gothaer Cervelatwurst
erhielt und empfiehlt

C. W. H. Schubert, Hundegasse
No. 119.

Holsteiner Austern,

Hummern,

**Gänseleber-Trüffel-
Wurst etc.**

empfiehlt
R. Denzer.

Eine Sendung
frischer
Waldschneepfen

empfiehlt
C. Nürnberg.

Kaffeehaus

Freundschaftl. Garten

Neugarten No. 1.
Sonntag, den 1. November,

Concert.

Anfang 8 Uhr. Entree 3 Sgr. Kinder 1 Sgr.
3994)

In der Telegraphenhalle
heute Abend die beliebte Königsber-
ger Rinderfleck und vorzügliches Actien-
Bier vom Faß.

(3976)

D a n z i g.

Sonnabend, den 31. October c.,
7½ Uhr Abends,

im Apollo-Saale des
Hotel du Nord

CONCERT

unter gütiger Mitwirkung der Herren Musik-
directoren Markuß und Laade, der Opern-
mitgliedern Fräul. v. Schwanbach und
Herrn Blomme, sowie des Violoncellisten
Herrn Garth und mehrerer geschätzter
Dilettanten, gegeben vom Unterzeichneten.

Billets à 20 Sgr., Schülerbillets à 10 Sgr.
find in der Musikalien-Handlung von Con-
stantin Biemssen, Langgasse No. 77, zu
haben. Kassenpreis 25 Sgr.

A. Krug, Pianist.
Die Instrumente sind aus dem Piano-
forte-Magazin des Herrn Hugo Siegel.

Zingler's Höhe.

Sonntag, den 1. Novbr.

Concert.

Anfang 4 Uhr.
Entree 3 Sgr. Kinder 1 Sgr.
3993)

Theater-Anzeige.

Sonnabend, 31. October bleibt das Theater
geschlossen.

Sonntag, den 1. Novbr. (2. Abonn. No. 17.)
Neu einstudirt: Die relegirten Stu-
denten. Lustspiel in 5 Acten von
Venediz. Vorher: Familie Flieder-
müller. Schwant mit Gesang in 1
Act. (Emma . . . Frau Lang-Kathen.)

Selonke's Theater.

Sonnabend, den 31. November.

Gastspiel der Demoiſelle Lomario,
artiste lyrique vom Alcazar in
Paris. Auftreten der berühmten
Aufgymnastiker Signorina Andega,
Signore Gefelli und Mr. Anderlen.

Gastspiel der Solotänzerin Bräulein
Frida. U. A.: Der alte Dessauer und
Mutter Anna-Rose. Charakterbild. Das
lebende Bild. Komische Ballet-Paro-
dime. **Mignonnetto** — Ca-y-est,
vorgetragen von **Mlle. Lomario.**

Euler's Leihbibliothek, Heiligegeist-
gasse No. 124, empfiehlt sich
mit den neuesten Werken.

Verantwortlicher Redakteur S. Röckner.
Druck und Verlag von A. W. Rasemann
in Danzig.